

URGENT ACTION

Wo sind die verschwundenen Afghanen?

Pakistan

Sayed Qasim Hashemi und Hamed Ehsas

10. September 2026

Nach der Machtübernahme der Taliban im August 2021 flohen Sayed Qasim Hashemi und Hamed Ehsas aus Afghanistan nach Pakistan. Nun sind sie verschwunden. Sie könnten Opfer des Verschwindenlassens oder einer willkürlichen Inhaftierung geworden sein.

Sayed Qasim Hashemi ist Journalist, Hamed Ehsas Künstler. Beide sind afghanische Staatsangehörige und leben seit ihrer Flucht aus Afghanistan im Jahr 2021 aus Angst vor den Taliban in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad. Seit dem Abend des 4. Juli werden die beiden vermisst. Nach Angaben ihrer Angehörigen waren sie gemeinsam im Stadtteil F-7 in Islamabad unterwegs und kurz darauf nicht mehr erreichbar. Ihre Mobiltelefone waren ausgeschaltet. Das von ihnen genutzte Fahrzeug wurde später im Stadtteil D-12 gefunden. Trotz wiederholter Versuche, bei Polizei und Gerichten Informationen zu erhalten, haben ihre Angehörigen bislang keine klaren und überprüfbaren Auskünfte über das Schicksal oder den Verbleib der beiden erhalten. Zudem soll sich die Polizei geweigert haben, überhaupt eine Vermisstenanzeige aufzunehmen.

Bitte schreiben Sie einen höflichen Protestbrief (E-Mail, X-Nachricht, Fax oder Luftpostbrief) mit folgenden Forderungen:

- Klären Sie unverzüglich das Schicksal und den Verbleib von Sayed Qasim Hashemi und Hamed Ehsas.
- Untersuchen Sie bitte sofort ihr Verschwinden unabhängig, unparteiisch und transparent. Prüfen Sie auch eine mögliche Beteiligung von Staatsbediensteten oder Personen, die mit stillschweigender Duldung der staatlichen Stellen handeln. Mutmaßlich Verantwortliche müssen vor Gericht gestellt und – sofern ausreichende zulässige Beweise vorliegen – in fairen Verfahren strafrechtlich verfolgt werden.
- Gewähren Sie Sayed Qasim Hashemi und Hamed Ehsas sofort Zugang zu ihren Familien, Rechtsbeiständen ihrer Wahl und notwendiger medizinischer Versorgung, falls sie sich in staatlichem Gewahrsam befinden.
- Lassen Sie Sayed Qasim Hashemi und Hamed Ehsas sofort frei, sofern keine nach internationalem Recht anerkannte strafrechtliche Anklage gegen sie vorliegt.

Bitte schreiben Sie Ihre Protestbriefe möglichst sofort. Schreiben Sie in gutem Urdu, Englisch oder Deutsch. Schicken Sie eine Kopie an die Botschaft. Bitte verschicken Sie nach dem **10. März 2027** keine Protestbriefe mehr.

Schreiben Sie an den

Generalinspektor der Polizei:

Inspector General of Police

Syed Ali Nasir Rizvi

Police Lines Headquarters, Sector H-11

Islamabad 44000, PAKISTAN

(Anrede: Dear Syed Ali Nasir Rizvi / Sehr geehrter Herr Rizvi)

E-Mail: ig@islamabadpolice.gov.pk; X: @ICT_Police

Schicken Sie eine Kopie an:

Botschaft der Islamischen Republik Pakistan

I.E. Frau Saqlain Syedah

Schaperstr. 29

10719 Berlin

Fax: 030-2124 4210

E-Mail: mail@pakemb.de

Sie können auch auf unserer Website bei dieser Aktion mitmachen. Dort finden Sie die fertigen Protestbriefe: <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-actions>

ACHTUNG! Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Brief International“, ob die Briefzustellung in das Zielland möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihr Protestschreiben bitte als E-Mail oder Fax. Papierbriefe können auch an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221 C . 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO

SozialBank AG . IBAN: DE23370205000008090100 . BIC: BFSWDE33XXX

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Sie können auch auf Englisch schreiben:

- Immediately take steps to disclose the fate and whereabouts of Sayed Qasim Hashemi and Hamed Ehsas.
- Conduct a prompt, thorough, impartial, independent and transparent investigation into their disappearance, including examination of any possible involvement of state agents or individuals acting with state acquiescence. If so, all those suspected of criminal responsibility should be brought to justice and, if there is sufficient admissible evidence, prosecuted in fair trials.
- Ensure that if they are in custody of any state authority, they are promptly granted access to their families, legal counsel and any medical care they may require.
- In the absence of any criminal charge against them recognized under international law, release Sayed Qasim Hashemi and Hamed Ehsas immediately.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Die Familien von Sayed Qasim Hashemi und Hamed Ehsas befürchten, dass die beiden von Angehörigen der Behörden verschleppt oder nach Afghanistan abgeschoben worden sein könnten. Dort drohen ihnen aufgrund ihrer früheren Tätigkeit als Journalist beziehungsweise Künstler erhebliche Gefahren durch die de facto herrschenden Taliban. Vor deren Machtergreifung 2021 hatten sich beide im Rahmen ihrer Arbeit mit den afghanischen Sicherheitskräften beschäftigt und Aufklärungsarbeit geleistet. Beide Männer leiden zudem unter gesundheitlichen Problemen.

Sayed Qasim Hashemi und Hamed Ehsas flohen nach der Machtübernahme der Taliban im August 2021 aus Afghanistan nach Pakistan, weil sie um ihre Sicherheit und ihr Leben fürchteten. Nach ihrer Ankunft in Islamabad beantragten sie die Registrierung beim UNHCR. Doch wegen der zunehmenden Repressionen Pakistans gegen Flüchtlinge ist die Gültigkeit aller vom UNHCR ausgestellten Registrierungsnachweise zum 30. Juni 2025 abgelaufen. Die pakistanischen Behörden weigern sich, diese zu verlängern – eine Maßnahme, von der fast 1,4 Millionen afghanische Flüchtlinge und Asylsuchende betroffen sind.

Afghanische Staatsangehörige in Pakistan befinden sich in einer äußerst prekären Lage und sind seit der Einführung des „Rückführungsplans für illegale Ausländer“ im Oktober 2023 besonders von Abschiebung bedroht. Zwischen September 2023 und August 2026 wurden insgesamt 2,4 Millionen afghanische Staatsangehörige nach Afghanistan zurückgeführt – trotz der Gefahren, denen sie bei ihrer Rückkehr ausgesetzt sind, und unter Verletzung des Grundsatzes der Nicht-Zurückweisung (non-refoulement) gemäß den internationalen Menschenrechtsnormen. Der UNHCR kam 2025 zu dem Schluss, dass rund 110.000 afghanische Flüchtlinge in Pakistan besonders gefährdet sind und einen erhöhten Schutzbedarf haben. Aufgrund ihrer individuellen oder mehrfachen Schutzrisiken könnten sie für eine Neuansiedlung in einem Drittstaat infrage kommen. Seit Beginn der Abschiebungen sind afghanische Staatsangehörige, Flüchtlinge und Asylsuchende in ganz Pakistan Schikanen, willkürlichen Inhaftierungen und Zwangsräumungen ausgesetzt.

Da Pakistan kein nationales Flüchtlingsgesetz hat und nicht Vertragspartei der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 (Abkommen über die Rechtsstellung von Flüchtlingen) ist, verfügen viele Flüchtlinge und Asylsuchende nur über einen begrenzten rechtlichen Schutz. Daher sind sie den willkürlichen Schikanen durch die pakistanischen Behörden schutzlos ausgeliefert.

